

Volker Schnurrbusch anlässlich der heutigen Sitzung des Umweltausschusses:

„Keine Experimente auf dem Rücken der Weidetierhalter!“

Kiel, 06. Februar 2019 **Volker Schnurrbusch, agrar- und umweltpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt anlässlich der heutigen Sitzung des Umweltausschusses:**

„Zunächst war es der Problemwolf, der durch wiederholte Risse in den Kreisen Pinneberg und Steinburg auch die Weidetierhalter in Angst versetzte. Aktuell scheint es ein weiteres Problemtier in Dithmarschen zu geben. Hier sind vermehrt Risse in der Nähe zu Wohngebieten zu beobachten. Folgerichtig wäre auch die Identifizierung und notfalls die Entnahme dieses Problemwolfes.

Die bisherigen Schutzmaßnahmen haben sich als unzureichend herausgestellt. Das muss jetzt auch der grüne Umweltminister erkennen. Trotzdem spricht Jan-Philipp Albrecht unbeirrt davon, die Präventionsmaßnahmen zu verstetigen und weitere Wolfsgebiete auszuweisen. Auch auf Nachfrage will er nicht ausschließen, dass sich diese auch in waldarmen Gegenden befinden können. Im Klartext würde das bedeuten, dass die ‚Ko-Existenz mit dem Wolf‘ auch an der Westküste geprobt wird. Diesen Feldversuch auf dem Rücken der Weidetierhalter lehnen wir kategorisch ab.

Die Diskussion fokussiert sich oft nur auf Entschädigungszahlungen. Doch diese können nur den materiellen Schaden ausgleichen, nicht jedoch die emotionalen der Tierhalter oder die Folgeschäden bei den Herdentieren wie etwa Fehlgeburten. Außerdem müssen die Weidetierhalter viel zu lange auf die Ergebnisse der DNA-Tests warten. Die schleppende Zahlung führt der Minister auf Personalknappheit in seinem Haus zurück. Schlimmstenfalls gehen die Geschädigten leer aus, weil ein eindeutiger Nachweis aufgrund fehlender Spuren nicht möglich ist.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Weidetierhaltung in Schleswig-Holstein eine Zukunft hat. Die Lösung kann doch jedoch nicht darin liegen, dass wir alle Weidetiere wolfsicher einzäunen. Wir haben in Schleswig-Holstein allein rund 40.000 Schafe. Wenn die alle eingezäunt würden, wäre das für das Landschaftsbild katastrophal, ganz abgesehen vom Arbeitsaufwand.

Stattdessen müssen wir den Umgang mit dem Wolf neu ausrichten und von unseren europäischen Nachbarn, wie etwa den skandinavischen Ländern, lernen. Dort sind Schutzjagden auf sogenannte Problemwölfe als probates Mittel anerkannt. Die aktuelle Entwicklung zeigt zudem, dass wir mit unserem Antrag im September 2018 wegweisend waren und sind.“